

SHORT NEWS

CCDH gegen CSV-Reform zur Abtreibung

Ebenso wie der Staatsrat, positioniert sich diese Woche auch die „Commission consultative des Droits de l'Homme“ (CCDH) in ihrem Avis gegen das von der CSV-Regierung am 20. Januar auf den Instanzenweg gebrachte Gesetzesprojekt zur Reform der Abtreibung. Die CCDH verweist darauf, dass eine Abtreibung im alleinigen Ermessen der Frau liegt und somit auch Indikationen wie eine „détresse“ unnötig sind. Sie spricht sich gegen die obligatorische Beratung aus, die im CSV-Reformprojekt vorgesehen ist - da das gegen das Prinzip der Selbstbestimmung der Frau geht und eine weitere Hürde darstellt. Ausdrücklich weist die Kommission darauf hin, dass die „Centres de consultation agréés“ jenen Frauen, die abtreiben wollen nicht nur Neutralität sowie eine Behandlung durch qualifiziertes Personal garantieren sollen, sondern dass diese in keinem Fall einer „ideologie politique ou une religion“ unterworfen sein dürfen. Was gegenwärtig nicht der Fall ist, zumindest wenn man bedenkt, dass das Familienministerium - ohne dass das CSV-Gesetzesprojekt überhaupt rechtskräftig ist - das katholische „Familien-Center“ als potentiell Beratungs-Zentrum vorgesehen hat. Die Menschenrechtskommission fragt auch - wie der Staatsrat - warum ein Gesetz das die Entkriminalisierung der Abtreibung als Ziel hat, noch immer im Bereich des Strafrechtes steht. Deshalb plädiert die CCDH dafür das CSV-Reformvorhaben in das Gesetz zur Abtreibung von 1978 zu integrieren und somit aus dem Strafrecht herauszunehmen. Der Vorteil dieses alten Gesetzes sei immerhin, dass dort der Sexualerziehung und dem Schaffen von regionalen Informationszentren eine grosse Bedeutung eingeräumt wurde. Maßnahmen, die bis heute ungenügend umgesetzt wurden, moniert die CCDH.

Et un service public en moins ! Un !

Puisque le « marché » des courriers pesant moins de 50 grammes sera libéralisé au premier janvier 2013, la poste luxembourgeoise vient de faire un pas supplémentaire pour se préparer à la compétition. Ce jeudi, la direction a annoncé qu'à partir de mai 2011, les facteurs embauchés le seront sous le statut privé. De plus, les trajets seront modifiés. Pour assurer la transition, les nouveaux seront épaulés par un fonctionnaire expérimenté. Dans un communiqué de presse, le syndicat de la fonction publique, la CGFP, a réagi à chaud en réaction aux « informations alarmantes qu'un coup lourd de conséquences sera porté au métier et aux droits de la carrière de facteur ». Elle y voit une « tactique de salami » destinée à privatiser complètement les services postaux. Le conseil d'administration de la poste devait donner son aval mercredi dernier. Quant au président du syndicat des facteurs, Eugène Kirsch, il a déclaré avoir donné son accord à ce compromis « le coeur lourd ». Le ministre de l'économie, le socialiste Jeannot Krecké, il semble satisfait, car, selon lui, la poste serait ainsi « bien préparée pour survivre sur le marché libéralisé ». C'est sûr qu'en matière de libéralisations, Jeannot Krecké se prend très au sérieux.

Malentendu

Dans le woxx numéro 1087, nous dressions le portrait de l'écrivain Jhemp Hoschheit - on n'y parlait pas uniquement de littérature dans le sens de l'art pour l'art mais aussi dans son sens le plus concret, le sens commercial. Or il semble qu'un petit malentendu s'est glissé dans une des citations. Quand nous faisons dire à Jhemp Hoschheit: « Quand j'entre dans une librairie au Luxembourg, je n'y vois que des best-sellers étrangers. Normalement aucun livre luxembourgeois n'y figure. Cela m'attriste beaucoup » - cela ne concernait évidemment pas les libraires traditionnels, mais plutôt les boutiques de presse et de tabac, qui sont beaucoup plus nombreux que les premiers mais qui ne semblent prendre aucune notice de la production littéraire locale. Nous nous excusons de ce malentendu.

AKTUELL

SICHERHEITSKULTUR

Wirrwarr der Verantwortung

Christiane Walerich

Die Gewerkschaft des Gemeindepersonals verlangt nach dem Urteil im Fall Luca vom Innenministerium und dem Syvicol mehr Engagement.

Vor rund vier Jahren starb der sechsjährige Luca in der Maison relais in Steinsel durch einen tragischen Unglücksfall: Er wurde von einem umstürzenden Schrank erschlagen. Das Gericht hat kürzlich die Urteile gesprochen. Verurteilt wurden die frühere Vorsitzende der Maison relais und der Gemeindebeamte für Sicherheit zu jeweils 12 Monaten Gefängnis auf Bewährung und zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro. Zwei Erzieher kamen mit 10 Monaten auf Bewährung und 5.000 Euro etwas glimpflicher davon.

Der tragische Tod des kleinen Jungen ist ein Fall, der das Thema Aufsicht, Sicherheit und Verantwortlichkeit in öffentlichen Institutionen mit Nachdruck auf die Tagesordnung bringt. Mehrere Akteure haben sich zu Wort gemeldet und jeder sieht die Verantwortung woanders. Gefordert werden aber von allen klarere Zuständigkeiten, und damit ein höheres Maß an Rechtssicherheit. So kritisieren die „Association Professionnelle des Educateurs Gradués“ (Apeg) und die „Association des Educateurs“ (Apel) in einem Communiqué, dass das Gericht die Hauptschuld an dem Vorfall dem Erziehungspersonal gegeben hat, obwohl die Sicherheitsmaßnahmen für die Infrastruktur gemäß dem Artikel 18 des Règlement grand-ducal zur Organisation der Maisons relais - in diesem Falle der Gemeindeverwaltung - lagen. Die Gewerkschaft des Gemeindepersonals (FGFC) ihrerseits spricht in einer in dieser Woche abgehaltenen Pressekonferenz von der politischen Verantwortlichkeit: Die FGFC respektiere den Urteilsspruch des Gerichts, doch verlange sie auch einen stärkeren Einsatz der Politiker für eine bessere Sicherheitskultur. Denn, so Daniel Cardarelli, FGFC-Präsident: „Viele Dossiers sind seit Jahren bei unseren öffentlichen Arbeitgebern auf taube Ohren gestossen und oft nur müde belächelt worden.“ Auch gehe es nicht an, dass die diversen Regierungsvertreter und das Patronatsyndikat Syvicol sich hinter diesem Urteil in der Hoffnung verstecken, dass das

Unglück ein Einzelfall bleibt. Die Sicherheitsverantwortlichkeiten in den Gemeinden müssten klarer definiert werden, fordert die FGFC.

Hier fehlt vor allem eine klare Arbeitsbeschreibung und eine Weiterbildung der Sicherheitsbeauftragten. Dies gilt jedoch nicht nur für diese - auch andere Akteure auf Gemeindeneiveau, Erzieher, Schwimmmeister, Feuerwehrleute und Busfahrer haben einen dringenden Bedarf an solchen Maßnahmen. Sie agieren oft in einem rechtlichen Vakuum und können somit bei einem Vorfall belangt werden. „Auch hier wird einfach die Verantwortung an das schwächste Glied der Kette weitergegeben“, kritisiert Generalsekretär Marco Thomé. „Jeder Einzelne muss in jedem Moment wissen, wofür er verantwortlich ist und welche Risiken er eingeht, wenn er diesen Verantwortlichkeiten nicht gerecht wird“. Deshalb sollten das Innenministerium und der Syvicol alle Kritikpunkte auf die Tagesordnung der Zentralkommission setzen. Auch der Staat - so die Kritik weiter - erfüllt nicht gerade eine Beispielfunktion, wenn er etwa den „Service National de la Sécurité“ mit gerade einmal zwei Inspektoren ausstattet, die für den gesamten Staatsapparat plus die Gemeinden zuständig sind. Weiter moniert die FGFC, dass die zweitägige Weiterbildung, die zum Sicherheitsdelegierten auf Gemeindeebene qualifiziert, nicht ausreicht. Zudem müsse auch eine ausreichende Arbeitszeit gewährleistet sein: Der FGFC fordert für eine mittlere Gemeinde mindestens eine Halbtagsstelle für diese Aufgabe. Aber auch grundsätzlichere Fragen seien bis heute ungeklärt - zum Beispiel, wie die gesetzlichen Verantwortlichkeiten in puncto Sicherheit zwischen Bürgermeister, Schöffenrat und Personal eigentlich verteilt sind.